

Nation, Globalisierung und das Primat der Politik

Dr. Nikolaus Kowall

Die Schattenseiten der Globalisierung sind spätestens seit der Brexit-Abstimmung und dem Wahlsieg Donald Trumps in aller Munde. Für etliche Branchen, Regionen und Bevölkerungsgruppen waren die Folgen der globalen ökonomischen Integration im Saldo eher negativ als positiv (vgl. Milanovic 2012, Autor et al. 2014 & 2016, Südekum et. al 2017). Die Spannungen, die sich aus der Globalisierung ergeben, bezeichnet Rodrik (2000) als Trilemma: Man kann Demokratie, nationale Souveränität und Globalisierung nicht gleichzeitig haben. Eine Vertiefung der Globalisierung kann nur entweder mit (internationaler) Demokratie und ohne Nationalstaat, oder mit Nationalstaat aber dafür ohne Demokratie funktionieren.

Im einflussreichen Lehrbuch „Internationale Wirtschaft“ von Krugman et al (2015) steht die These im Vordergrund, dass mögliche Verlierer der Globalisierung durch im Rahmen derselben erzielter Handelsgewinne kompensiert werden können. Diese nekeynesianische Mainstreamthese wird von neoklassischer Seite unterstützt, wobei z.B. Felbermayr (2017) eine Kompensation durch Umverteilung fordert. Die Position von Krugman et al (2015) wird jedoch auch von postkeynesianischen Autoren geteilt, so fordert z.B. Flassbeck (2017) eine Kompensation via expansiver Wirtschaftspolitik mit Fokus auf Vollbeschäftigung.

Es gibt jedoch wesentliche Gründe, die gegen eine prinzipielle Unabhängigkeit von Allokation und Verteilung sprechen. So bewirkt etwa eine Allokation im Sinne des Freihandels eine neue Prioritätensetzung der Wirtschaftspolitik mit Fokus auf Absatzsteigerungen im Außenhandel. Diese Strategie wird etwas unpräzise als „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ bezeichnet. Die Strategie wurde vom aktuellen Kommissionpräsident Jean Claude Juncker sowie von seinen beiden Vorgängern, genauso wie vom einflussreichsten Mitglied des Europäischen Rates Angela Merkel, zum zentralen wirtschaftspolitischen Ziel der EU erklärt. Die Politikempfehlungen der jährlich erscheinenden „Competitiveness Reports“ der EU Kommission sind dementsprechend exklusiv auf Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet (vgl. Kowall 2016). Reale und diskursive Machtverschiebungen in Folge einer Orientierung auf Wettbewerbsfähigkeit führen dazu, dass Wirtschaftspolitik nicht unabhängig von Freihandel und Umverteilung nicht unabhängig von Allokation ist. Demokratische Handlungsspielräume werden limitiert (vgl. Kowall 2017b).

Aus Angst vor dem Abstieg im wirtschaftlichen „Wettkampf der Nationen“ wird der Widerstand gegen die Aushebelung nationaler Souveränität seit vielen Jahren vonseiten der politischen Rechten problematisiert. Die meisten kontinentaleuropäischen Nationalisten und Rechtspopulisten greifen bei Fragen der Globalisierungskritik regelmäßig (alt)linke Diskurse auf. Der französische Front National steht für die Verstaatlichung der Banken und wichtiger Industriesektoren sowie für Protektionismus im Außenhandel (vgl. Dupin 2012). Die polnische PiS möchte jene Politik korrigieren, die die polnische Wirtschaft für das globale Kapital geöffnet hat und stattdessen neue Spielregeln mit internationalen Banken und Konzernen aushandelt (vgl. Wojciuk und Mikolajewski 2016). In Ungarn kam es unter Victor Orban zu einer Nationalisierung der privaten Pensionskassen und einer Zwangsumwandlung von Fremdwährungskrediten in Forint. Orbán gilt „als Verfechter des Primats der Politik über die Wirtschaft und des Staats über die Märkte“ (Léotard 2014).

Der zeitgenössische Nationalismus in Gestalt des Rechtspopulismus bekennt sich prinzipiell zu einer Gestaltung der Welt unabhängig von (vermeintlichen) Sachzwängen, die der globale ökonomische Wettbewerb mit sich bringt. Weil Christ-, Sozial-, und Liberaldemokraten das enge politische Korsett dieser Sachzwänge nicht ablegen, überlassen sie das Narrativ politischer Gestaltungskraft dem Rechtspopulismus als Alleinstellungsmerkmal: Der Rechtspopulismus sieht in der neoliberalen Globalisierung kein Schicksal und betont als einzige potente politische Kraft das Primat der Politik über die Wirtschaft (vgl. Kowall 2017a).

Literatur

- Autor, David H.; Dorn, David; Hanson, Gordon H. (2016): „*The China Shock: Learning from Labor Market Adjustment to Large Changes in Trade*“ in *Annual Review of Economics*, 8, S. 205–240
- Autor, David H.; Dorn, David; Hanson, Gordon H. (2013): „*The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States*“ in *American Economic Review*, 103(6), S. 2121–2168
- Dupin, Eric (2012): „*Die rote Marine Le Pen*“ in *Le Monde diplomatique* (04/2012)
- Felbermayr, Gabriel (2017): „*Ricardo – gestern und heute*“ in ifo Schnelldienst 9/2017
- Flassbeck, Heiner (2017): „*Was die Wirtschaft antreibt: Globalisierung, Automatisierung und Wirtschaftspolitik*“ auf dem Blog Makroskop (24. Mai 2017)
- Kowall, Nikolaus (2016): „*Preise, nichtpreisliche Wettbewerbsfähigkeit und ausländische Nachfrage im Außenhandel*“, Dissertation, Wien
- Kowall, Nikolaus (2017a): „*Der Rechtspopulismus und das Primat der Politik*“, Blog Makronom vom 23. März
- Kowall, Nikolaus (2017b): „*Globalisierung, Freihandel und Rechtspopulismus*“ in ifo Schnelldienst 12/2017
- Krugman, Paul; Obstfeld, Maurice; Melitz, Marc (2015): „*Internationale Wirtschaft*“, Pearson Verlag, München 2015
- Léotard, Corentin (2014): „*Die Verteidigung Ungarns*“ in *Le Monde diplomatique* (04/2014)
- Mikotajewski, Anna; Wojciuk, Lukasz (2016): „*Die polnische Wandlung*“ in *Le Monde diplomatique* (02/2016)
- Milanović, Branko (2012): „*Global Income Inequality by the Numbers in History and Now -An Overview*“ World Bank Policy Research Working Papers, November
- Rodrik, Dani (2000): „*How Far Will International Economic Integration Go?*“ in *Journal of Economic Perspectives*, Volume 14, Nr. 1, Winter, S. 177-186
- Südekum, Jens, Wolfgang Dauth and S. Findeisen (2017). „*Verlierer(regionen) der Globalisierung in Deutschland: Wer? Warum? Was tun?*“ in *Wirtschaftsdienst* (97) 2017. S. 24 –31